



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Bundesgasse 3, 3003 Bern

Eingabe per Mail an: ep27@efv.admin.ch

Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter,

Sehr geehrte Damen und Herren;

Mit grossem Interesse haben wir die Vernehmlassung zum Entlastungspaket 27 zur Kenntnis genommen. Unsere Organisation CH++ setzt sich unabhängig für eine nachhaltige, wohlhabende, handlungsfähige und sichere Schweiz ein – durch Wissenschaft und Technologie. Die Voraussetzung für das Erreichen dieses Ziels sind ausreichende Ressourcen, auch und insbesondere auf staatlicher Ebene. Die Schweiz muss heute zukunftsorientiert investieren, um ihre Sicherheit zu stärken, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und ihren Wohlstand langfristig zu sichern – gerade in einer zunehmend komplexen und technologiegetriebenen Welt. Aus unserer Sicht stehen mehrere der aktuell vorgeschlagenen Sparmassnahmen in direktem Widerspruch zu diesen strategischen Zielen.

1. Der Forschungsstandort Schweiz braucht mehr Investitionen, nicht weniger

Der BFI-Sektor der Schweiz ist zentral für Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt der Schweiz. Angesichts der weitreichenden Auswirkungen der bevorstehenden technologischen Transformation – insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz – und des zunehmenden Fachkräftemangels, sind Kürzungen im Bereich BFI (Bildung, Forschung, Innovation) ein schwerwiegender Fehler (-78 Mio. jährlich im ETH-Bereich, -6.5 Mio. im Bereich internationale Mobilität Bildung, - 131 Mio. für den SNF sowie -25.6 Mio. für die Ressortforschung). Diese Bereiche sind nicht nur Grundpfeiler der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Souveränität, sondern auch essentiell für die Sicherheit, soziale Stabilität und die demokratische Resilienz der Schweiz. Eine 2024 durchgeführte Umfrage¹ zeigt, dass 85 % der Bevölkerung Kürzungen im

¹ https://chplusplus.org/techkompass_2024/

BFI-Bereich ablehnen – ein klares Signal für politisches Gegensteuern. Weitere Budgetkürzungen würden nicht nur einen Leistungsabbau bedeuten, sondern langfristig den Wohlstand, die Sicherheit und die Zukunftsfähigkeit der Schweiz untergraben. In einer Zeit, wo sich die wissenschaftlichen Karriereperspektiven in den USA massiv verschlechtern, wäre es besonders unangebracht, die Mittel für junge Forschende zu reduzieren. Die Schweiz würde riskieren, eine grosse Chance im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe - inklusive derjenigen mit Schweizer Herkunft - zu verspielen.

2. Informationelle Souveränität der Schweiz wahren: kein Verzicht auf Beitrag an das Auslandsangebot der SRG (“swissinfo”)

Als mehrsprachige internationale Plattform der SRG erfüllt swissinfo eine entscheidende Funktion im Kampf gegen Desinformation und trägt wesentlich zur informierten Meinungsbildung bei – sowohl im Ausland als auch innerhalb der Schweiz. Dieses Angebot hat zudem eine wirtschaftliche Bedeutung: Auslandschweizer:innen sind ein wichtiges Netzwerk für Schweizer Unternehmen, Investitionen und Innovationen. Swissinfo stärkt diese Verbindungen, indem es die Diaspora mit der Schweiz vernetzt, was langfristig wirtschaftliche Vorteile bringt.

Auch für in der Schweiz wohnhafte Personen ohne Landessprache als Muttersprache stellt swissinfo eine ausserordentlich wertvolle Informationsquelle dar, die den Zugang zu relevanten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in einer global verständlichen Form ermöglicht. Darüber hinaus leistet swissinfo einen wertvollen Beitrag zur Soft Power der Schweiz, indem es die Schweizer Perspektive auf das Weltgeschehen vermittelt und so die internationale Sichtbarkeit sowie die wertebasierte Aussenwahrnehmung der Schweiz stärkt. Eine massive Schwächung oder gar Abschaffung dieser Plattform würde nicht nur eine empfindliche Lücke in der internationalen Medienlandschaft hinterlassen, sondern auch die demokratische Teilhabe und die globale Positionierung der Schweiz schwächen. Damit würde die Schweiz ihre informationelle Souveränität weiter untergraben – in einer Zeit, in der sie durch die anhaltende Medienkrise und grassierende Desinformation ohnehin bereits erheblich unter Druck steht.

3. Kein Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte

Der Artikel 17 EMBAG bildet die gesetzliche Grundlage für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung. In der Schweiz besteht eine vielfältige und innovative digitale Zivilgesellschaft, die mit Projekten zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, zur Förderung kultureller Vielfalt und zur demokratischen Mitwirkung entscheidende Beiträge leistet. Der geplante Verzicht auf die bescheidene Anschubfinanzierung von 2 Millionen Franken jährlich – im Rahmen von Sparmassnahmen – würde diesen wichtigen Akteurinnen und Akteuren die Basis für wirkungsvolle Arbeit entziehen. Öffentliche Fördermittel sind dabei neben Spenden und Stiftungsgeldern eine tragende Säule. Eine effektive, nutzendenzentrierte Digitalisierung im öffentlichen Interesse braucht die Perspektive der Zivilgesellschaft – ihre strukturelle Vernachlässigung gefährdet Innovation, Transparenz, Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.